



Aktuelle Informationen und Neuigkeiten für Rechtsanwälte im Fachbereich Familienrecht

Ich möchte Sie heute darüber informieren, für wen das neue Recht (VersAusglG) Vorteile oder Nachteile mit sich bringt, damit der Scheidungsantrag oder ein Antrag nach den §§ 4 – 10 a VAHRG **noch bis** zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes (möglicherweise zum 1.9.2009) oder **nach** diesem Zeitpunkt gestellt wird.

1. Wer in Kürze Rentner oder Pensionär wird und der andere Ehepartner jünger ist, sollte den Scheidungsantrag nach **derzeitigem** Recht stellen, da dann die Möglichkeit besteht, das **Rentnerprivileg** (§ 101 SGB VI) bzw. das **Pensionistenprivileg** (§ 57 BeamtVG) auszunutzen. **Dieses „Privileg“ wird es nach neuem Recht nicht mehr geben.**
2. Wenn die Betriebsrente im schuldrechtlichen Versorgungsausgleich ausgeglichen werden soll (nach derzeitigem Recht), und die Beitragsentrichtung (§ 3 b Abs. 1 Nr. 2 VAHRG) nicht zumutbar ist, dann sollte der Scheidungsantrag nach derzeitigem Recht gestellt werden. Dann besteht die Möglichkeit, dass die „Geltendmachung“ der Ausgleichsrente von der Ausgleichsberechtigten „vergessen“ wird oder „dass die Berechtigte vor Beginn der Ausgleichsrente verstirbt“, so dass die Ausgleichsrente nicht zu zahlen ist oder dass die Ausgleichsrente eingestellt werden kann. **Nach neuem Recht würde die Betriebsrente durch interne oder externe Realteilung ausgeglichen und diese durch Realteilung ausgeglichene Betriebsrente wäre für immer verloren.**
3. Wenn die verpflichtete Person **unterhaltspflichtig** ist und er/sie (viel) früher als die berechtigte Person die Versorgung erhält, ist das **Unterhaltsprivileg nach derzeitigem Recht vielfach günstiger** als nach neuem Recht. Daher sollte der Scheidungsantrag – unter diesen Gesichtspunkten – nach derzeitigem Recht gestellt werden.
4. Das Rückgängigmachen (neue Bezeichnung: **Anpassung**) des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleiches nach dem Tod der berechtigten Person wird nach neuem Recht etwas erleichtert (anstatt 24 Monate kann die Berechtigte für 36 Monate eine Leistung aus dem VA beziehen). Allerdings erfolgt die Abwicklung nicht mehr rückwirkend ab Beginn der um den VA gekürzten Versorgung sondern nach neuem Recht nur noch ab Antragstellung für die Zukunft. **Außerdem wird die Betriebsrente von der „Anpassung“ ausgenommen!!!!**
5. Das **neue** Recht hat für die **Ehefrau** – überwiegend bisherige Ausgleichsberechtigte – folgende Vorteile:
 - a) keine Verweisung in den schuldrechtlichen Versorgungsausgleich
 - b) keine Abzinsung mit Hilfe der Barwert-Verordnung
 - c) Teilhabe an der zukünftigen Entwicklung (Dynamik) des auszugleichenden Anrechts
 - d) Keine Nachteile mehr bei erneuter Eheschließung
 - e) Schutz bei Invalidität ist nach der internen Realteilung wesentlich häufiger vorhanden als nach derzeitigem Recht

Es kommt – wie fast immer – auf den Einzelfall an, ob sich aufgrund der jeweiligen ehezeitlichen Versorgungsanwartschaften das derzeitige Recht oder das neue Recht für den Mandanten bzw. die Mandantin besser oder schlechter auswirkt, so dass diese Hinweise nur „Anhaltspunkte“ sein können.

Wenn Sie „mehr“ zum neuen Recht wissen möchten bin ich gerne bereit; ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen in einem 4-stündigen Vortrag das neue Recht vorzustellen und Sie mit bisher vorhandenem „Material“ zu versorgen.

Viele Grüße aus Meckenheim sendet Ihnen *Wilfried Hauptmann*